

Die Probleme bei der Ratifizierung des Lissabonner Vertrages – Ausdruck eines Demokratiedefizits?

Mikołaj Dowgielewicz

Bei der Antwort auf die Frage von Prof. Piotr Mazurkiewicz zu den Ursachen der Probleme bei der Ratifizierung des Lissabonner Vertrages ist zunächst daran zu erinnern, wie die Lage ausgesehen hat, als über die europäische Verfassung in nationalen Volksbefragungen abgestimmt wurde. Denn denken Sie daran, dass das Ergebnis des Referendums in zwei Ländern positiv ausfiel, nämlich in Luxemburg und Spanien. Dagegen lehnten die Bürger der Niederlande und Frankreichs die geplante EU-Verfassung ab. Dabei ist ein Phänomen äußerst bemerkenswert: Sogar in den Ländern, in denen die Verfassung im Referendum angenommen wurde – also in Luxemburg und Spanien –, gingen drei Viertel aller jungen Leute bis 30 Jahre gar nicht zur Wahl. Ihre französischen und holländischen Altersgenossen begaben sich zwar zur Wahlurne, sprachen sich aber zu ca. 75% gegen die Verfassung aus. Dieses Abstimmungsverhalten war sehr bezeichnend und hätte sich vielleicht auch in anderen Ländern wiederholt, wenn es dort zu Volksbefragungen gekommen wäre. In Wirklichkeit ging es bei der Abstimmung wohl nicht um sachliche Inhalte der geplanten EU-Verfassung, da diese insgesamt einen großen Kompromiss darstellte.

Die Europäische Union ist ein großer Schmelztiegel, in dem sehr oft schwierige Kompromisse ausgearbeitet werden müssen. Sowohl der Verfassungsvertrag

als auch der Lissabonner Vertrag waren das Ergebnis äußerst komplizierter politischer Kompromisse. Daher denke ich, dass nicht die Vertragsinhalte das eigentliche Problem bildeten, sondern das mangelnde Vertrauen in die politischen Eliten und Regierungen der Länder, in denen der Verfassungsvertrag abgelehnt wurde. Die Tatsache, dass junge Menschen gegen den Vertrag stimmten oder überhaupt nicht wählen gingen, deutet darauf hin, wie tief das Misstrauen der EU-Bürger gegenüber den Konzepten der politischen Eliten für die Zukunft der EU immer noch ist. So wie der EU-Abgeordnete Jan Olbrycht möchte ich lediglich darauf aufmerksam machen, dass der Verfassungsvertrag derzeit wirklich nicht das eigentliche Problem ist. Das Problem sind vielmehr die divergierenden Vorstellungen über die Funktionsweise der Europäischen Union und die Stärkung ihrer Glaubwürdigkeit in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Welche politischen Projekte werden die Bürger in Europa vom dauerhaften Erfolg der Europäischen Union und der Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit ihrer Gremien überzeugen? Ein solches Projekt wird in den nächsten Jahren die Außenpolitik sein, falls der Lissabonner Vertrag in Kraft tritt. Auf dem morgigen Panel wird sicherlich viel von den wirtschaftlichen Nationalismen, Gefahren und Versuchungen für den gemeinsamen Binnenmarkt und den Grundsätzen der ökonomischen Zusammenarbeit in Europa die Rede sein. Ein solches Gebiet, das den Europäern in größerem Maße die Herausforderungen für das heutige Europa bewusst machen wird, bildet eben die gemeinsame Außenpolitik. Es gibt jedoch noch mehr Politikfelder und Projekte, bei denen wir etwas Neues schaffen müssen. Es sei an dieser Stelle nur an die Energiepolitik erinnert, aber das ist bereits ein anderes Thema.